



SPD-Gruppe im Regionalverband, Dienstag, 5. März 2013

SPD im Regionalverband besucht Arboretum in Schwalbach

Ortstermin von Regionalpolitikern an der Obermayr-Schule/„Werden sorgfältig abwägen“

Frankfurt/Schwalbach Die SPD-Gruppe im Regionalverband FrankfurtRheinMain hat sich vor Ort ein Bild über die Situation am Arboretum und der angrenzenden Internationalen Schule/Obermayr-Schule verschafft. Gemeinsam mit der ortsansässigen Bürgermeisterin Christiane Augsburger (SPD) und dem lokalen SPD-Fraktionsvorsitzenden Hartmut Hudel nahmen die Regionalpolitiker das Gelände in Augenschein. An dem Termin waren auch der Verbandsdirektor des Regionalverbandes, Ludger Stüve, der Vorsitzende der SPD in der Regionalversammlung Südhessen (RVS), Harald Schindler, und der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten der RVS, Michael Göllner, beteiligt.

In den vergangenen Wochen war vor Ort eine Diskussion darüber entbrannt, wie das Gelände der Schule, das früher als Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge diente weiter genutzt werden kann. Die Schule beabsichtigt eine Erweiterung. Es ist vorgesehen auf dem Areal private Bildungseinrichtungen wie Kinderkrippe und Kindergarten, eine Grund- und weiterführende Schulen anzusiedeln. Da als Nachnutzung des Flüchtlingslagers die Erweiterung des Arboretums geplant war, stellt der „Regionalplan Südhessen/Regionale Flächennutzungsplan 2010“ diesen bereits bebauten Bereich jedoch als „Wald/Bestand“ dar. Zur Verwirklichung des Projektes ist eine Planänderung unabdingbare Voraussetzung. Die Naturschutzverbände hingegen wollen eine solche Änderung verhindern und das Gelände seinem ursprünglichen Zweck - der Erweiterung des Arboretums - zuführen.

Wie SPD-Gruppensprecher Rouven Kötter aus Wölfersheim mitteilt, werde die SPD-Gruppe im Regionalverband eine möglich Planänderung sorgfältig abwägen: „Wir setzen uns wie in allen anderen Abweichungs- und Änderungsverfahren intensiv mit den Anregungen und Bedenken auseinander. Am Ende wird ein entsprechender Beschluss stehen. Während des Verfahrens werden alle Beteiligten gehört, auch die Naturschutzverbände können hier ihre Stellungnahmen abgeben.“